

4.2.5.1.07

Dem Druck gebeugt

„Strahlenschutz umbauen“,

20. Dezember 2006

Sie berichten von der Feststellung von Gutachtern, dass das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) „zu abhängig von privaten Organisationen werde, um die ihm zugewiesenen hoheitlichen Aufgaben erfüllen zu können“. Wer sich mit der Strahlenschutzproblematik beschäftigt, kann dem nur zustimmen. Die Schutzfunktion wurde nicht wahrgenommen: Handlungsbedarf wurde zwar gesehen und zeigte sich in der Festlegung von wesentlichen Forschungsvorhaben, aber in den Leitlinien Strahlenschutz warnten Fachleute aus dem Bundesamt vor der unkontrollierten Exposition der Bevölkerung durch Mobilfunkseanlagen. Doch das Amt beugte sich dann dem Druck der Netzbetreiberlobby, die die Zusammenarbeit verweigerte. Die wichtigsten Studien zur Gesundheitsvorsorge wurden gestrichen, unter anderem die Studie zu den Auswirkungen der Strahlung auf Gehirnfunktion und Leistungsfähigkeit.

Der Präsident des BfS bedauerte dies in einer Rede ausdrücklich. Anstatt Alarm zu

schlagen, nimmt dies das Bundesumweltministerium hin. Und es geht weiter: im vom Ministerium verantworteten aktuellen Bericht der Bundesregierung zu Mobilfunk und Gesundheit vom 6. Juni 2006 werden Ergebnisse alarmierender mobilfunkkritischer Studien heruntergespielt und verfälscht. Das BfS als Fachbehörde legte keinen Widerspruch ein.

Das hat die Leiter dieser Forschungsprojekte, allesamt weltweit renommierte Fachleute, zu schriftlichen Protesten veranlasst. Der Umweltmediziner Prof. Frentzel-Beyme fordert von der Bundesregierung die Rücknahme des Berichts. Die Öffentlichkeit wird über diese Vorgänge nicht unterrichtet. Auch nicht darüber, dass im August 2006 eine Ärztedelegation mit einer 700-seitigen Dokumentation den leitenden Beamten des BfS mobilfunkbedingte Krankheitsfälle vortrug und dringend Vorsorgemaßnahmen anmahnte. Das Bundesamt geht darauf nicht ein, sondern verteidigt die Praxis der Netzbetreiber.

Doris Hensinger, Stuttgart